

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.01.2018

Nach dem Sondierungsergebnis

Nach den Sondierungsgesprächen in der letzten Woche und der Vorstellung der Ergebnisse am Freitag, wird der Bundesparteitag der SPD am Sonntag, am 21. Januar, zeigen, ob die SPD in die eigentlichen Koalitionsverhandlungen mit der CDU einsteigen kann, oder auch nicht. Die Stimme der Zweifler hat sich bereits lautstark Gehör verschafft.

Bevor die SPD sich endgültig zu Koalitionsverhandlungen entscheidet, haben die Mitglieder der Unions-Spitze die SPD daher aufgerufen, sich kompromissfähig zu zeigen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer zitierte dabei den früheren SPD-Kanzler Helmut Schmidt, der sinngemäß gesagt habe, wer keine Kompromisse finden könne, sei für die Demokratie nicht zu gebrauchen. Während der Koalitionsgespräche sei es auch noch möglich neue Themen anzusprechen, so Grosse-Brömer. Die SPD-Spitze, so hoffe er, müsse es allerdings schaffen, ihrer Parteibasis zu vermitteln, dass die Sondierungsergebnisse nicht schlecht, sondern gut für Deutschland sind.

Die Forderung der Sozialdemokraten, die Sondierungsergebnisse nachzuverhandeln, lehnte die Kanzlerin ab. "Die Eckpunkte können nicht neu verhandelt werden", stellte Angela Merkel klar, da dies nun vorliegende Papier eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen ist. Andernfalls würden Koalitionsgespräche auch keinen Sinn ergeben. Sie setzte darauf, „dass die Sozialdemokratie eine verantwortliche Entscheidung trifft“, ergänzte sie mit Blick auf den SPD-Parteitag am Sonntag.

SPD-Chef Martin Schulz räumte daraufhin ein, dass die Sondierungsergebnisse nicht mehr nachverhandelt würden.

Aus Sicht der Union lässt sich festhalten: Die Sondierungsgespräche mit der SPD sind nach intensiven Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden.

Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine gute Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre gelegt. Das Sondierungsergebnis ist ein Geben und Nehmen für beide Seiten – auch uns ist einiges schmerzlich wie etwa die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent, die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder das Recht auf befristete Teilzeit in begrenzter Form in Unternehmen ab 45 Mitarbeitern.

An dem Kompromiss, der am 12. Januar vorgestellt worden ist, gibt es daher auch nichts mehr nachzuverhandeln.

Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere, äußere und soziale Sicherheit ausbauen – das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre.

Deutsche Wirtschaft wächst

Deutsche Wirtschaft wächst auch im Schlussquartal 2017 kräftig. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2 Prozent zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft das 8. Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kauflust der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen. Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“, so dass Deutschlands Exporteure um 4,7 Prozent höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr. (Statistisches Bundesamt)

Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv

Noch nie waren so viele Menschen in unserem Land in Lohn und Brot. Immer mehr Arbeitsplätze sind sozialversicherungspflichtig, die Löhne und Gehälter steigen. 44,3 Millionen Menschen hatten im Jahresmittel 2017 einen Arbeitsplatz. So viele wie nie zuvor. Auch 2018 werden voraussichtlich neue, zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. So profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der stabilen deutschen Wirtschaft; die Politik der Großen Koalition hat dazu beigetragen. Um 638.000 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2017. Das ist der höchste Wert seit zehn Jahren. Besonders erfreulich sei, dass von Oktober 2016 bis Oktober 2017 rund 743.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze neu entstanden seien. Das zeigt: Auch die Qualität der Arbeitsplätze nimmt immer weiter zu. Für unsere Unternehmen wird der anhaltende Erfolg fast zum Problem: 761.000 offene Stellen waren Ende Dezember allein bei der Agentur für Arbeit gemeldet. Über 100.000 mehr als im letzten Jahr. Die Chancen für Berufseinsteiger sind so gut wie nie. Qualifizierung eröffnet heute beste Chancen auf beruflichen Aufstieg. Auf der anderen Seite sind die Gefahren des Fachkräftemangels nicht auf die leichte Schulter zu nehmen; wir werden die Investitionen in Bildung und Ausbildung weiter verstärken, um hier gegenzusteuern. Fazit: Seit 12 Jahren wächst die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich. Das ist genau die Zeit, in der die CDU die Bundesregierung führt. Bis 2025 wollen wir Vollbeschäftigung in Deutschland.

Unser Ziel bleibt: Arbeit für alle – sicher und fair bezahlt!

Warte auf mehr Bandbreite

Lediglich 42 Prozent aller Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten verfügten laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2017 über einen schnellen Internetanschluss, also über eine vertraglich vereinbarte Datenübertragungsrate von mindestens 30 Megabit pro Sekunde. Im EU-Vergleich liegt Deutschland weiterhin nur knapp über dem Durchschnitt der 28 Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass die vertraglich vereinbarten Übertragungsraten laut Bundesnetzagentur oft gar nicht erreicht werden und künftig auch 30 Mbit pro Sekunde für viele Unternehmen zu wenig sein werden. Um das zu ändern, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft, müssen zum einen die Unternehmen ihre Macht als Nachfrager einsetzen und schnelles Internet aktiv einfordern. Und zum anderen müssen Politik und Unternehmen den Breitbandausbau endlich in angemessenem Tempo in Angriff nehmen. (<https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachricht-ten/beitrag/barbara-engels-lange-leitung.html>)

Beratung bei Investitionsplanung

Finanzierungsprobleme können viele wichtige Projekte in Städten ausbremsen. Stadterneuerung, Klimaschutz oder Programme zur sozialen Eingliederung von Menschen sind für Banken und andere private Investoren manchmal zu riskant oder die Projekte sind zu klein. Experten der Europäischen Investitionsbank (EIB) stehen jetzt bereit, Städte jeder Größe dabei zu beraten, wie sie EU-Mittel mit Unterstützung nationaler und lokaler Förderbanken und innovativen Finanzierungsmöglichkeiten kombinieren können, um ihre Vorhaben zu verwirklichen. Der von EIB und EU-Kommission eingerichtete Beratungsdienst trägt den Titel „Urban Investment Support“ – kurz URBIS. URBIS kann etwa bei der Ausarbeitung von Investitionsstrategien helfen oder dabei, Projekte reif für eine Unterstützung durch Banken zu machen. (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-4941_de.htm)

Zitat

„Der Zug geht in die richtige Richtung.“ (Reiner Holznapel, stets kritischer Präsident des Bundes der Steuerzahler, zum Ergebnis der Sondierungen)